

Beschlussempfehlung und Bericht

des Finanzausschusses

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 26. Juli 2010
– Drucksache 14/6764**

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;
hier: Denkschrift 2006 des Rechnungshofs zur Landeshaus-
haltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haus-
haltsjahr 2004
– Beitrag Nr. 8: Erhöhungsanträge bei Infrastruktur-
maßnahmen des öffentlichen Personennahverkehrs**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 26. Juli 2010 – Drucksache
14/6764 – Kenntnis zu nehmen.

14. 10. 2010

Die Berichterstatterin:

Ursula Lazarus

Der Vorsitzende:

Ingo Rust

Bericht

Der Finanzausschuss beriet die Mitteilung der Landesregierung, Drucksache
14/6764, in seiner 67. Sitzung am 14. Oktober 2010.

Ein Abgeordneter der CDU wies darauf hin, die Landesregierung habe am
20. Juli 2010 den Entwurf für ein neues Landesgemeindeverkehrsfinanzie-
rungsgesetz (LGVFG) zur Verbändeanhörung freigegeben. Insofern betrachte
er den Beratungsgegenstand, der unter diesem Tagesordnungspunkt aufge-
führt sei, als erledigt und schlage vor, von der Mitteilung der Landesregie-
rung Kenntnis zu nehmen.

Ausgegeben: 26. 10. 2010

1

Eine Abgeordnete der Grünen fragte, wie die Landesregierung mit Anträgen auf Förderung von Infrastrukturmaßnahmen im öffentlichen Personennahverkehr in den Fällen umgehe, die in die Zeit zwischen der letzten Berichterstattung und dem voraussichtlichen Inkrafttreten des LGVFG fielen, und um wie viele Fälle es sich dabei handle.

Ein Vertreter des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr antwortete, diese Zahl könne er jetzt nicht abschätzen. Im Übrigen bestehe durchaus eine Handlungsorientierung. Er verweise dazu auf die Verwaltungsvorschrift für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden nach dem Entflechtungsgesetz.

Ohne Widerspruch empfahl der Ausschuss dem Plenum, von der Mitteilung der Landesregierung Kenntnis zu nehmen.

25. 10. 2010

Ursula Lazarus